

Soziologisches zur Pandemie I

von *Andreas Häckermann*

Eine Sammlung aktueller Wortmeldungen

Dass die gegenwärtige Situation nicht nur in Medizin und Naturwissenschaften, sondern auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften die reflexiven Instinkte auf Hochtouren rotieren lässt, ist wenig verwunderlich. Mag „Ausnahmestand“ politikwissenschaftlich auch nicht der passende Begriff sein, wie Meinel und Möllers in der FAZ stichhaltig argumentieren, so trifft er doch unzweifelhaft die lebensweltliche Elementarerfahrung großer Teile (nicht nur) der europäischen Bevölkerung dieser Tage. Die radikalen Maßnahmen, mit denen fast alle betroffenen Staaten einen GAU abzuwenden versuchen, provozieren nicht nur anhaltende Verunsicherung und existenzielle Nöte, sondern schärfen auch die Sinne für die funktionalen Voraussetzungen und Vulnerabilitäten einer in globale Handels- und Mobilitätsnetze integrierten (Post-)Industriegesellschaft. Die Soziologie als traditionelle „Krisenwissenschaft“ scheint plötzlich gefragter denn je, bei der Orientierungssuche zu helfen (wie Martina Franzen betont).

Auch erste prominente Wortmeldungen von Eva Illouz und Armin Nassehi betonen die Beobachtung, wie sichtbar die Bedingtheit und Fragilität des „Gangs der Dinge“ in kürzester Zeit geworden sei. Eine zentrale Rolle spielten darüber hinaus in den letzten Wochen - im Anbetracht der öffentlichen Diskussionen und Appelle kaum überraschend - Fragen nach der Rückkehr der Solidarität (Heinz Bude hierzulande in diversen Interviews, Jan-Werner Müller jenseits des Atlantiks), nach dem möglichen Wert der Krise zur Rekonfiguration „beschleunigter“ Lebensformen (Ortwin Renn im DLF-Interview), wie auch nach mittelfristigen Konsequenzen der Kontakt- und Ausgangssperren (Annette Treibel-Illian im BNN-Interview).[1] Stephan Lessenich verweist in seinem SZ-Beitrag auf die historische Dimension und Dialektik des Pandemiegeschehens. Anke Hassel und Christian Odendahl formulieren in ihrem Beitrag für die ZEIT auffallend deutliche Forderungen an die Politik. Ivan Krastev prophezeit, ebenfalls in der ZEIT, in Fortschreibung seiner viel diskutierten Thesen zum status quo der EU die endgültige „Rückkehr der Nation“; demgegenüber ist Andreas Reckwitz im TAZ-Interview deutlich vorsichtiger, vermutet aber seines Zeichens ebenso Tendenzen in diese Richtung. Dass neoliberale Spardoktrinen die nun allerorts augenfälligen Defizite der Daseinsvorsorge wesentlich mitverantworten haben, wird in diversen Beiträgen betont. Sighard Neckel fordert angesichts dessen gar einen „Infrastruktursozialismus“.

Auch auf der theoretischen Ebene kristallisieren sich bereits die ersten Thesen heraus. So hat William Davies vergangene Woche in der *London Review of Books* konstatiert: „We are all Durkheimians now“. Mit dem unübersehbaren Scheitern von Johnsons pandemiepolitischem „laissez-faire“ komme eine ganze Tradition des „postgesellschaftlichen“ Denkens an ihr Ende, das alles Soziale nur noch als amorphe Mengen von Netzwerken fassen wollte. Die Idee, „society“ sei nur das, „what emerges after everyone is left to go about their own private business“, finde sich angesichts der jetzt schlechterdings unabweisbaren Evidenz universeller Abhängigkeit und globaler Interdependenzen desavouiert. „At some point“, so sein Fazit, „something new will be born, for better or worse“ (siehe ergänzend auch Davies' Guardian-Kommentar). Eine Rückkehr von „Gesellschaft“ im Singular als universell-reziprokes Abhängigkeitsverhältnis beobachtet auch Jürgen Kaube in seinem FAZ-Kommentar vom 15. März - und sieht damit seinerseits einseitige Teleologien unumkehrbarer Differenzierungsprozesse widerlegt.

Nicht weniger eindrücklich hat Philipp Sarasin die vielen schlagwortartigen Foucault-Zitationen der letzten Wochen einer kritischen Prüfung unterzogen. Der Verweis auf „Biopolitik“ allein reiche nicht aus: Weit vielversprechender sei es, wie der Züricher Historiker zeigt, die verschiedenen aktuellen Pandemiepolitiken vor der Folie von Foucaults dreiteiliger Heuristik der Krankheitsregime zu verstehen. „Das Pocken-Modell der Macht beschreibt“, so Sarasins Beobachtung, „mehr oder weniger, aber doch ganz zutreffend die Form des Regierens in Zeiten der Pandemie, der trotz aller Unterschiede und trotz vieler nationaler Egoismen die europäischen Regierungen folgen.“ Das heiße freilich nicht, dass das auf autoritärer Eindämmung basierende „Pest-“ und das auf selektiver Isolation basierende „Lepra-Modell“ aus dem Spiel seien, wie ein Blick in spanische Altenheime und marokkanische Straßen unverkennbar belege.

Neben Sarasin zählt Sven Opitz zu den Stimmen, die in ihrer Situationsanalyse auf eigene gesundheitssoziologische Forschungen zurückgreifen können. In einem Interview für die SZ verweist der Marburger Soziologe auf die veränderte Wahrnehmung epidemischer Risiken seit der AIDS-Krise, die eine Abkehr vom Denken in Prognostiken hin zu einem in Szenarien des Unplanbaren provoziert habe. Wie Sarasin erkennt auch er eine globale Priorität „liberaler“ Regierungstechniken, die jetzt freilich an ihre Grenzen stoße. Soziologisch aufschlussreich sei derzeit die Beobachtung der Eigendynamiken von „Angst“, denen gegenüber die - mit Luhmann gesprochen - bewährten Interventionsmedien Macht und Geld offenkundig versagten.

Max Steinbeis' Verfassungsblog strotzt dem Trend zur Entschleunigung durch erneute Erhöhung der Publikationsfrequenz: Mehrmals täglich wird man mit rechtswissenschaftlichen Analysen der Lage versorgt, die in Teilen auch für Soziolog*innen interessante Einsichten parat halten. So kritisiert Christoph Möllers in einem hochaktuellen Kommentar, bei allem Verständnis für die Besonderheit der Lage („Man muss die erkennbare Freude des Gesetzgebers an der Semantik des Ausnahmezustands, diesen Schmittianismus für den höheren Dienst, nicht mögen,

um einzusehen, dass die Situation es rechtfertigt, das geltende Recht mit mehr Flexibilität zu versehen“), vehement die legislative Anmaßung der Bundesregierung, die aktuellen Maßnahmen auf dem Infektionsschutzgesetz zu gründen - und befürchtet weitreichende Folgen: „[D]ass der massivste kollektive Grundrechtseingriff in der Geschichte der Bundesrepublik ohne angemessene gesetzliche Grundlage erfolgen kann, weil er in der Sache richtig ist, diese Einsicht könnte das Legalitätsverständnis in einer Weise erschüttern wie kaum ein Ereignis seit dem Preußischen Verfassungskonflikt.“ Der Beitrag ist Teil einer Debatte, in der bereits vorher deutlich und ausgesprochen akzentuiert Position bezogen wurde (vgl. die Texte von Anika Klafki und von Johannes Bethge).

Nicht nur mit Blick auf die verfassungspolitisch, auch auf die sozialstrukturell prognostizierbaren Folgen der Pandemie scheint den ersten Einschätzungen zufolge derzeit keine Warnung zu übertrieben. Das gilt bei weitem nicht nur, aber maßgeblich auch für die USA: Allen Anhaltspunkten zufolge werden die aktuellen Entwicklungen, aller Hilfspakete zum Trotz, die ohnehin eklatante ökonomische Ungleichheit weiter drastisch verschärfen, wie die *New York Times* mit diversen Verweisen auf die Forschung der letzten Jahrzehnte herausstellt. Die ökonomisch Schwachen seien doppelt benachteiligt: Einerseits fehlten ihnen die Mittel, sich gegen das Virus zu schützen und gegebenenfalls die adäquate medizinische Versorgung zu finanzieren, schlicht weil ihnen keine Krankenversicherung zu Gebote steht; andererseits trafen sie sowohl die staatlichen Schutzmaßnahmen, als auch die zu erwartende Rezession unmittelbar und existenziell: „Research suggests that those in lower economic strata are likelier to catch the disease. They are also likelier to die from it. And, even for those who remain healthy, they are likelier to suffer loss of income or health care as a result of quarantines and other measures, potentially on a sweeping scale.“ Eine ähnliche Einschätzung findet sich im Magazin *Atlantic*. Unschwer vorauszusehen, dass hierzu in Kürze erste Studien vorliegen werden.

Der Wikipedia-Seite kann man derweil bereits live beim Wachstum zusehen. Wer etwas weniger einseitige, gleichwohl nicht weniger bemerkenswerte Prophezeiungen zu den diversen sozialen Folgen der Krise sucht, wird fündig in der Sammlung verschiedener - darunter auch soziologischer - Stimmen aus der US-amerikanischen akademischen Szene, die *Politico* vergangene Woche veröffentlicht hat. Beides problemlos einsehbar von dem Homeoffice-Schreibtisch, an dem diese Zeilen zustande gekommen sind.

Fußnoten

[1]Der Dank gebührt an dieser Stelle Jan-Felix Schrape, der einige dieser Wortmeldungen in seinem Blog gedankenstrich.org am 15. und 20. März dokumentiert hat.

